



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922

484 (20.10.1922) Mittag-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-206031](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-206031)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Abdruckpreis: Je Nummer und Umzeichnung monatlich 1,00 M. ...

Anzeigenpreis: Bei Vorauszahlung die 14. Seite Nr. 20. ...

Verhalten: Der Sport vom Sonntag. Aus der Welt der Technik. Gesetz und Recht. Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung.

Sprengung der englischen Koalition

Rücktritt des Kabinetts Lloyd George

Bonar Law mit der Kabinettsbildung beauftragt. London, 19. Oktober. Das englische Kabinett ist in seiner Gesamtheit zurückgetreten. Nachmittags 5 Uhr 30 Minuten hat der König das Aufschlagsgesetz Lloyd Georges genehmigt. Der König empfing abends Lloyd George in Audienz. Dieser empfahl dem König, Bonar Law mit der Neubildung des Kabinetts zu beauftragen. Nach einer Reumkehrung hat Bonar Law den Auftrag, das Kabinett zu bilden, angenommen.

Von bestunterrichteter Seite wird mitgeteilt, Bonar Law habe dem König mitgeteilt, daß es notwendig sein werde, die unionistischen Mitglieder des Unterhauses und die des Oberhauses zu einer Versammlung einzuberufen, damit diese der Politik Bonar Law ihre Billigung erteilen können, bevor er die Verantwortung für die Bildung des Ministeriums übernehmen könne.

Aus der Vorgeschichte

Die Ereignisse in London haben sich förmlich überstürzt, und die Meldungen über die einzelnen Vorgänge bis zum Rücktritt des Kabinetts Lloyd George sind noch ziemlich lückenhaft. Aber soviel ergibt sich doch schon ganz deutlich: weder die Ereignisse im Kabinett noch der weitläufige Komplex der Reparationsfragen, noch das nicht uninteressante Verhältnis Lloyd George-Bonar Law sind die Hauptursache, sondern innerpolitische Reibungen und die Koalitionsmüdigkeit der Konserverativen. In konservativen Kreisen wurde nichts so sehr beklagt, als eine Spaltung innerhalb der Partei, was Lloyd George große Chancen bei den Neuwahlen gegeben hätte. Am Mittwoch wurden Versuche unternommen, um eine Formel zu einem Kompromiß zwischen Chamberlains Unionisten und denen Dehorns, des Spollets einer unabhängigen Aktion, zu finden. Diese Formel ist nicht gefunden worden.

Um die Absicht Lloyd Georges zu vereiteln, das Parlament noch vor dem konservativen Parteitag am 15. November aufzulösen, beschloß gestern der Wahlprüfungsausschuß der konservativen Partei, den Parteivorstandes Younger mit der sofortigen Einberufung des Partei-Kongresses zu betrauen. Dieser Schritt wurde von den Londoner Kreisen als eine Aufhebung des konservativen Parteitagorganisations Sir George Younger und seiner Kollegen gegen Chamberlain und die Koalition angesehen.

Der Austritt der Konserverativen aus der Regierung

In der Versammlung der Konserverativen waren die Unionisten, z. B. Chamberlain mit Aufhebungen des Wahlrechts begrüßt worden. Dann gab Chamberlain eine Erklärung im Sinne seiner Rede in Birmingham ab und sprach zu Gunsten der Wahrung der Koalition, die nach seiner Ansicht der letzte Bestenfalls entgegenstehende Maß sei. Er gab klar und deutlich zu verstehen, wenn man den Rat der unionistischen Führer zurückweisen würde, die letzteren eine derartige Zurückweisung nur als einen verhängnisvollen Fehler betrachten könnten. Diese Rede Chamberlains wurde wohl aufgenommen. Der Präsident des Handelsamts, Baldwin, sprach sich unbedingt gegen die Beibehaltung der Koalition und für die Rückkehr der konservativen Partei zur völligen Unabhängigkeit aus. Die Erklärung Bonar Laws besetzte die letzten Zeilen der noch schwankenden. Die Schlussfolgerungen seiner Rede wurden mit lang anhaltendem Beifall aufgenommen. Der Parteivorsitzende der Unionisten, Sir Leslie Wilson, teilte mit, daß er für die Beibehaltung der Koalition mit einem konservativen Premierminister stimmen würde. Balfour wurde mehrmals während seiner Rede unterbrochen. Er erklärte, die Koalitionsregierung habe nichts getan, was das konservative Prinzip gefährdet hätte. Mehrere Abgeordnete unterbrachen ihn mit dem Ruf: Was ist das? Und Indien? Eine Abordnung schlug vor, die Sitzung bis 5 Uhr nachmittags zu vertagen, um der Regierung Zeit zum Nachdenken zu geben. Aber dieser Vorschlag ließ auf keinen Widerspruch und wurde zurückgezogen. Das Ergebnis dieser Besprechung im Carltonclub, das mit 166:57 Stimmen zum Beifall erhoben wurde, war, daß bei den Wahlen als unabhängige konservative Partei vorzutreten. Der Beifall ließ sich nicht mehr festhalten, wenn die konservativen Partei im nächsten Unterhaus die Mehrheit habe, der Erste Minister ein Konservativer sein müsse. — In der Umgebung des Carltonclubs, wo am 1. Uhr die konservativen Minister und Abgeordneten der Regierungskoalition zusammenkamen, hatte sich eine Volksmenge angesammelt, die so dicht wurde, daß die Polizei sie zurücktreiben mußte, um den Konferenzteilnehmern den Zutritt zum Klub zu ermöglichen. Unmittelbar nach der Versammlung erklärten die Konserverativen ihren Austritt aus dem Kabinett, womit das Schicksal des Ministeriums Lloyd Georges entschieden war.

Der Rücktritt der Regierung ereignet, obwohl er nach dem Ergebnis der unionistischen Zusammenkunft im Carltonclub erwartet wurde, ungeheure Sensation. Die Blätter nennen das Ergebnis der konservativen Versammlung den Todesstoß für die Koalitionsregierung und weisen darauf hin, daß in der letzten Zeit von zwei Stunden eine Zusammenkunft konservativer Parlamentarier stattfand, die von Chamberlain eigentlich dazu einberufen worden war, um seine Politik anzukündigen, ihn aber durch seine Erklärung über die Unabhängigkeit der Partei zuwege gebracht habe. Man erwartet, daß unter Bonar Law das Parlament aufgelöst wird und neue Wahlen anberaumt werden.

Wie verlautet, kann angenommen werden, daß verschiedene unionistische Minister auch weiterhin zu Lloyd George stehen werden, der, wie durchaus nicht unzulässig erscheint, nach der Übernahme durch den neuen ersten Minister eine neue Partei bilden wird. Bemerkenswert ist, daß die politischen Reden die Lloyd George in Leeds und in der Guildhall zu halten beabsichtigt, nicht abgelesen werden. Als Lloyd George vom Buckingham-Palast nach dem ausweichenden Amt sich benachteiligt auf eine große Menschenmenge, Lloyd George sah sehr verärgert aus. Während er sich den Fotografen ruhig handhabe, wachte er diesmal ab und ab in die Arbeit. Die erste Mitteilung von seiner Demission war die einer Abordnung von Bergarbeitern, die auf ihn wartete, um ihm ihre Wünsche vorzutragen. Er sagte:

„Es tut mir sehr leid, aber ich bin nicht mehr Ministerpräsident. Ich hätte Sie sehr gern empfangen, aber Umstände, die sich meiner Einwirkung entziehen, zwingen mich dazu, Ihnen zu sagen, daß ich nichts mehr für Sie tun kann, ich kann nicht länger an der Spitze der Regierung bleiben.“

Die Zeitung der Arbeiterpartei erklärte gestern, daß die Partei 400 Kandidaten für die Wahlen aufstellen werde. Sie hoffe, 150 Sitze zu bekommen.

Sie jetzt sind 28 Frauen als Kandidaten für die Wahlen aufgestellt worden.

Zurückhaltung in Paris

In Pariser amtlichen Kreisen äußert man sich einstmals sehr zurückhaltend über die Ereignisse in London. Man rechnete in Paris mit der Möglichkeit, daß die Regelung der Orientfrage durch die englische Krise hinausgeschoben werde und neue Komplikationen eintreten könnten. Mit Rücksicht auf die Ereignisse in England hat Herr Poincaré darauf verzichtet, in der Kammer das Wort zu ergreifen, um auf die letzte Rede des Herrn Lloyd George zu antworten. Seine Rede ist auf nächsten Freitag versetzt worden.

Berliner Pressestimmen

Berlin, 20. Okt. (Von unserem Berliner Büro.) Die Berliner Blätter, soweit sie bereits zu dem Rücktritt des englischen Kabinetts Stellung nehmen, fragen sich mit berechtigter Beforgnis: Was kommt danach für uns? Der „Volksanzeiger“ steht in dem Rücktritt Lloyd Georges u. a. auch einen neuen Triumph Poincarés. „Denn der englische Ministerpräsident hatte sich in Frankreich um alle Sympathien gedrückt und man wird in Paris aufjubeln, wenn man ihn los wird.“ Es ist eine durch zahlreiche Erfahrungen der Kriegszeit erhärtete Tatsache, daß man in Berlin keinen Grund der Freude hat, wenn man in Paris jubelt. — Nach dem „B. Z.“ ist der Meinung, daß die Pause, die nun notwendig in der aktiven Mitwirkung Lloyd Georges bei der Lösung von internationalen Fragen eintritt, unsere able Lage nur noch verschlimmern kann. Wenn heute die ganze Welt die englische Krise als eine, die sie sehr nahe angeht, mitempfindet, so wird es nicht leicht sein, sie mit dem brüderlichen Gefühl, wie sehr wir zum Objekt der Politik der anderen geworden sind, die „Voll. Z.“ und mehr noch der „Vorwärts“, betonen, daß Bonar Law's Regiment zunächst so nur bis zu den Wahlen dauert. „Niemand weiß, — schreibt der Vorwärts, — ob ihr Ergebnis konservative Alleinregierung oder Radikalkoalition gegen eine parteiopposition der Arbeiter, oder schließlich eine Antikoalition bringen wird, und davon hängt die endgültige Gestaltung der Regierung ab.“

Die Zwischenzeit aber kann schon, möchten wir glauben, wohl sehr unangenehme Entscheidungen bringen.

Zutreffend wird in einer Drohung des „B. Z.“ aus dem Haag darauf hingewiesen, daß sich auf alle Fälle eine Verzögerung der Wiedergutmachungsprobleme ergeben muß. Von einem baldigen Zusammenritt der Brüsseler Konferenz kann nunmehr wohl kaum die Rede sein. Der Pariser Korrespondent der „Deutschen Allg. Ztg.“ erklärt, für das deutsch-französische Verhältnis seien die Folgen des Rücktritts des Kabinetts Lloyd Georges noch gar nicht zu übersehen. Das neue Kabinett würde frühestens Anfangs Dezember aktionsfähig sein. Bis dahin müßte aber drei wichtige Entscheidungen getroffen sein, nämlich die Orientfrage, die Brüsseler Konferenz und vor allen Dingen die Lösung der Reparationsfrage. Ob Frankreich sich mit einer so langen neuerlichen Verzögerung dieser Entscheidungen einverstanden erklären wird, sei völlig ungewiß. Die Gefahr bestünde, daß Frankreich sich nunmehr entschließen könnte, zur Lösung des Reparationsproblems selbständig vorzugehen.

Andrew Bonar Law

entstammt einer schottischen Familie und ist am 16. September 1858 in Neudraumschweig in Kanada als Sohn eines Geistlichen geboren. Er wurde 1886 Leibarzt der Eisenbahngesellschaft William Jacob u. Co. in Glasgow. 1900 wurde er von einem Wahlkreis in Glasgow für die Unionisten ins Unterhaus gewählt. Im Jahre 1902 wurde er Parlamentssekretär des Handelsministeriums. Im übrigen war er einem großen Publikum und sogar seinen Kollegen nur durch seine energiegelassen Charaktereigenschaften und die Schärfe seiner Polemik bekannt und wurde schließlich (Ende 1911) zur allgemeinen Ueberzeugung zum Führer der Konserverativen erhoben. Dieses ganz ungewöhnliche Vancement verdankte er lediglich dem Umstand, daß die beiden Richtungen der Partei nach der Resignation Balfours auf der Wahl ihrer respektiven Führer Kallen Chamberlain und Walter Long bestanden und, da sie untereinander zu keiner Verständigung kommen konnten, sich auf einen Mann einigten, der unter Umständen das wesentliche Verdienst hatte, keiner der beiden Parteien angezogen zu werden.

Nachdem er von 1911 bis 1919 die Opposition im Unterhaus geleitet hatte, wurde er in der Koalitionsregierung Asquiths im Jahre 1916 Staatssekretär für die Kolonien und Mitglied des ministeriellen Kriegsausschusses. Damals hat er sich Lloyd George angeschlossen. Nach dem Sturz des Kabinetts Asquiths sollte Bonar Law das Ministerpräsidentenamt übertragen werden. Er schlug jedoch Lloyd George vor, während der selbst das Schicksal in dessen Kabinett übernahm und sog. Leader des Unterhauses wurde, eine Stellung, die eigentlich dem Ersten Minister gebührt. Seitdem arbeitet er und Lloyd George in freundschaftlicher Harmonie miteinander. An der Pariser Friedenskonferenz nahm Bonar Law als englischer Bevollmächtigter teil. Nach den Wahlen im November 1919 wurde er Geheimfiskusminister.

Jämlich überraschend erfolgte jedoch im März 1921 der Rücktritt Bonar Laws von seiner einflussreichen Doppelstellung als Führer der Unionisten des Unterhauses und Leiter des Unterhauses. Dieser überraschende Rücktritt war die Ursache. Seinen Abgeordnetenkreis befreit er jedoch.

Bonar Law ist persönlich ein humorvoller und arbeitsamer Gesinnungsvoller Mann von vornherein und beschiedener Charakter. Vor mehreren Jahren hat er seine Frau und im Krieg zwei Söhne verloren.

Die französische Ausgabe der „Gekochten“ Wilhelms II. die heute in Paris im Buchhandel erscheint, enthält ein Vorwort, das Poincaré geschrieben hat.

Oesterreichs Finanzminister, Dr. Auzias, des österreichischen Nationalrats beschließt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten den von der Regierung eingebrachten außerordentlich dringlichen Kredit von 750 Millionen Kronen.

Lloyd George

Die Wirkungen und Folgen des außerordentlichen Ereignisses, das heute früh der Draht aus England übermittelte, in allen seinen Erscheinungen völlig auszudeuten, ist im Augenblick unmöglich. Auch fehlt zunächst noch die völlige Uebersicht über die letzten Zusammenhänge, die zu dem Rücktritt Lloyd Georges geführt haben. Ironie der Geschichte ist es auch diesmal, daß der Mann, der seit 1918 die Geschicke Englands mit starker Hand leitete und der englischen Außenpolitik das Gepräge seines Willens aufdrückte, über eine innerpolitische Frage stürzen mußte, in einer Zeit, wo England nach außen hin aufs stärkste engagiert ist. Eine eingehende Würdigung seines Charakters und des Wesens seiner Politik muß daher einer späteren Würdigung überlassen bleiben. Für den Augenblick begnügen wir uns mit einer Uebersicht über sein Leben und seine bisherige politische Laufbahn.

David Lloyd George heißt in Wirklichkeit einfach George; Lloyd ist der Name der mütterlichen Familie. Geboren 17. Januar 1863 in Manchester, aus Walliser Familie, Sohn eines Lehrers, der bald nach Davids Geburt starb, wuchs er den einfachen Verhältnissen entsprechend, aus denen er stammte, im Haus eines Onkels in Wales auf, seinem kleinen Heimatland, dessen Sprache er so gut beherrschte wie das Englische und dessen Traditionen er mit religiöser Wärme verehrt, wie er wiederum der ungeliebte König der Walliser ist, die ihm in ihrer großen Mehrheit beinahe willenlos folgen. Er begann seine Laufbahn als kleiner Anwalt, interessierte sich aber von früh an für Politik, speziell ihre kirchliche Seite, die für Wales entscheidend ist. Es waren kirchliche Fragen, d. h. der Segen der Staatskirche und der Konformisten, in denen er sich zuerst hervortat, als er 1890 ins Parlament eintrat, und sein weiterer Lauf datiert von dem bis zur Ungeheuerlichkeit gehenden Kämpfen der Konformisten gegen die konfessionelle Schulgesetzgebung in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts.

Kurz vorher hatte er gegen den Burenkrieg mit so rücksichtsloser Entschiedenheit Stellung genommen, daß seine Position als radikalster Führer nicht mehr anzuzweifeln war. Campbell-Bannerman machte ihn 1905 zum Handelsminister, und der Agitator bewährte sich als ganz vorzüglicher Verwalter und Staatsmann. Seine Streitermittlungen, seine Gesetze über den Londoner Hafen, Handelsmarine, fremde Kolonien waren durchweg erfolgreich und wurden von allen Seiten anerkannt. Bei der Reorganisation des liberalen Ministeriums unter Asquith erhielt er das Schatzkammeramt (1907), und in dieser Stellung brachte er durch das ganz persönliche Werk des Budgets 1909/10 (The people's budget) den Kampf zwischen den beiden Häusern des Parlaments zu einem Höhepunkt, der in zwei Wahlen, in denen sein Austritt in der konservativen Partei eine niemals ganz überwundene Bitterkeit erregte, zugunsten des Unterhauses und zugunsten des Budgets entschieden wurde. 1911 folgte die große Reformgesetzgebung, die durch ihr gütiges Funktionieren die Verzerrungen seiner Gegner aufzuheben gedachte.

Im Jahre 1913 wurde sein Name durch die Beteiligung an einer Spekulation in Kartan-Aktien kompromittiert. Dies war, soweit es Deutschland betrifft, noch mehr der Fall, als der Krieg ausbrach. Lloyd George wurde bei uns als Vorkämpfer angesehen. Noch kurz vor dem Kriege hatte er trotzdem Verständnis dafür gezeigt, daß Deutschland, von mächtigen Völkern in die Mitte genommen, sich militärisch wappnen müsse und dies in einer Rede öffentlich kundgetan. Jetzt aber wurde er der schärfste Vorkämpfer gegen das preußisch-deutsche Militärsystem, tragt der Gewalt seiner Leidenschaftlichkeit. Um den ewigen Frieden zu haben, wollte er den Krieg bis zur Vernichtung des Gegners. Von Tag zu Tag wurde er rücksichtsloser. Was der Premierminister Asquith zur Erringung des Sieges tat, was selbst Lloyd Ritchener, der Hochmann, tat, schien ihm ungenügend in Hinblick auf das Ziel: Wiederherstellung der Deutschen. Die älteren englischen Staatsmänner betrachteten ihn ihnen von jeder unbedingten Energie des Mannes zu binden dadurch, daß sie ihn im Mai 1915 an die Spitze des neugegründeten Munitionsministeriums stellten. Im Juli 1916, nach Ritchener plötzlichem Tode übernahm er das Kriegsministerium. Der Kampf gegen Asquith ging aber weiter, bis es ihm gelang, diesen zu stürzen. Am 7. Dezember 1916 übernahm er die Leitung als Premierminister. Seine erste große Kundgebung war die Antwort auf das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember 1916. Sie war nicht ablehnend und im Sinne seiner früheren Rede, in der er vom Niederknügen Deutschlands gesprochen hatte.

Die zähe Energie und Leidenschaftlichkeit des Mannes führte dann England, an Abgründen vorbei, um Sieg im Herbst 1918. Lloyd George stand auf der Höhe seines Ruhmes. Mit Wilson und Clemenceau war er der Beherrscher der Welt. Mit ihnen legte er dem besiegten Deutschland den Frieden von Versailles auf, den man psychologisch mit dem Lloyd George von früher einfach nicht zusammenbringen kann. Ebenso unerklärlich war sein weiteres Verhalten bei der Durchführung der Friedensbestimmungen. In Deutschland hatte man in jedem einzelnen Fall den Eindruck, daß seine ursprünglich bessere Einsicht Rücksichtnahmegründen weichen mußte, die stets den Besiegten neue Lasten auferlegten, so bei der Frage der sogenannten Reparationssumme, so auch wieder in der abschließlichen Frage.

Innerpolitisch begründete er mit Kriegsende mit seinen liberalen Parteianhängern eine nationalliberale Partei. Es waren das diejenigen Liberalen, die in der durch den Krieg hervorgerufenen Koalition mit den Konserverativen bleiben wollten. Es kam somit zu einer Spaltung der alten liberalen Partei, die schon in den letzten Jahrzehnten zwei Bestandteile enthielt, die abwechselnd maßgebenden Einfluß auf die Führung ausübten. Der eine Teil, der vor allem im Großhandlertum und in der Großindustrie seinen Nährboden fand, stand zwar auf dem Boden des Freihandels, war aber doch imperialistisch und bis zu einem gewissen Grade gegenüber Sozialreformen auch „imperialistisch orientiert“. Der andere Teil, hervorgegangen aus der Gruppe um Cobden und Bright, fand seine Anhänger hauptsächlich im Kleinhandlertum, in den Kreisen des aus der ganzen englischen Literatur bekannt gewordenen Typus des „radicals“, jenes gesinnungstreuen Betreters der Buchstaben des liberalen Parteiprogramms. Lloyd George, der Parteiführer, gehörte, der im Anfang seiner Laufbahn zu den „radicals“ gehörte, hatte sich unter dem Einfluß von Owen und Hobson während seiner Ministerzeit immer mehr zu einem Vertreter der imperialistischen Richtung innerhalb der liberalen Partei entwickelt. Nachdem die Kriegsschlachtwörter, die die imperialistisch gestimmte Kriegs-Koalition zusammengehalten hatte, erloschen waren, erforderte Lloyd George das Schlagwort vom allgemeinen Kampf gegen den Sozialismus, worunter in England überhaupt jede sozialistische Politik verstanden wird. Und die Koalition blieb in diesem Zeichen zusammen und führte stetlich den Sozialismus im Frühjahr 1918 gegen die Arbeiterpartei und gegen die jähigen Unabhängigen Liberalen unter Asquith, der so eine frühere imperialistische Rolle mit der Lloyd George's annahm verwarf. Lloyd George blieb Premierminister und hat sich bis gestern in der Nacht zu erhalten gewußt. Aber er mußte wohl die

sen, weil dieser Mann, der nach einem Ausbruch Brouhaum Willers eine Koalition in sich selbst ist, die von Tag zu Tag ständig wachsende Koalitionsmöglichkeit der Parteien, auf die er sein Kabinett stützt, nicht mehr zu bannen vermochte. Wie es scheint, beginnt wieder einmal die Zeit der reinen Parteikarrieren in England. Die Konservativen, deren Kampfsieger durch den Ausfall einer Wahl in Newport, bei der sie den unionistischen Arbeitervertreter mit überwältigender Mehrheit schlugen, von neuem einsetzt. Es übernehmen das Staatsruhrer. Ob damit eine neue politische Wende nach innen und außen beginnt, wird sich in Kürze erweisen.

Vor der Dardanellenkonferenz

Nach der „Chicago Tribune“ soll der Hauptgegenstand der Tagesordnung auf der Sachverständigen-Konferenz für die Regelung des Friedens im nahen Osten die Frage der ständigen Besetzung der strategischen Zonen sein.

Neuer meldet aus Konstantinopel, bei der Zusammenkunft der alliierten Oberkommissare und Generäle sei einstimmig beschlossen worden, daß der kanakischen Gendarmerie nicht gestattet werden solle, auf dem Wege nach Thrazien Konstantinopel zu passieren. Dieser Beschluß sei dem Vertreter der nationalen türkischen Regierung Hamid Bey mitgeteilt worden. Die „Times“ meldet aus Konstantinopel, die dortige französische Handelskammer habe an die französische Regierung und an die Mitglieder der französischen Kammer einen scharfen Protest gerichtet, der sich gegen die Regierung von Angora und gegen die Aufhebung der Kapitulationsrechte richtete. Der Generalkonsul in Maroffa, Marschall Squate, hat in einer Rede anlässlich der Grundsteinlegung der Moskauer der Pariser mohamedanischen Kolonie u. a. sich folgender Worte bedient: „Heute erleben wir im Orient unter der Leitung jenes mächtigsten Staatsmannes, als den sich Mustafa Kemal Pascha enthielt hat, eine Leistung im Sinne der nationalen Wiederaufrichtung, des Wiederaufbaus und der Organisation, die sich unsere warme Sympathie zuwendet.“

Das russische Programm

Der Moskauer Korrespondent der „Chicago Tribune“ erklärt, in der Lage zu sein, auf Grund von Erklärungen Tschischerin's das russische Programm für die Dardanellenkonferenz folgendermaßen wiedergeben zu können:

1. Rußland unterwirft alle territorialen türkischen Ansprüche, wie sie von den türkischen Nationalisten festgelegt worden sind; 2. Rußland unterwirft die Souveränitätsansprüche der Türkei auf die Küsten der Meerengen; 3. Rußland ist gegen die Beibehaltung der gegenwärtigen oder die Bildung neuer neutraler oder internationaler Zonen; 4. Rußland ist gegen jede Kontrolle des Bältenbundes; 5. Rußland ist gegen jede von einer auswärtigen Macht über die Dardanellen oder sonstige türkische Gebiete ausgeübte Kontrolle oder jedes Mandat; 6. Rußland unterwirft die Freiheit der Handelschiffahrt in den Meerengen im Einklang mit den souveränen Rechten der Türkei.

Der Minister des Auswärtigen führte gestern vor Pressevertretern aus, daß Polen für die Freiheit der Meerengen und für eine gemäßigte Politik Frankreichs eintritt. Die Haltung Polens wirt auf Entspannung der Neutralitätskonferenz der baltischen Staaten betrogen. Der Minister stimmte der Teilnahme an der russischen Abrüstungskonferenz zu und erklärte, auch die Beteiligung Rumäniens für erwünscht.

Die französischen Reparationspläne

Berlin, 20. Okt. (Von unfr. Berl. Büro.) Der Pariser Korrespondent der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ glaubt versichern zu können, daß der neue französische Reparationsplan noch heute nachmittags vorgelegt werden würde. Neben dem Plan Barthous ist noch ein anderer bekannt geworden, der von Delacroix herrührt und folgendes mitl: Deutschland bleibt von sämtlichen Reparationszahlungen befreit, bis die Stabilisierung der Wert und die Balanzierung des Etats erreicht ist. Hierfür wird Deutschland allerdings eine recht kurze Frist gestellt. Der Korrespondent meint, daß die Aussichten des Brodbrunnen-Planes noch wie vor äußerst gering seien.

Vom Deutschtum im Ausland

„Die deutschen Schüler sind Schweine“

Im Oberhof, Kurier finden wir folgendes Zwiesgespräch zwischen dem Rottowitzer Gymnasialdirektor Wolf und einer russischen Mutter, das ein großes Schloßlicht auf gewisse Zustände wirft, deren sich die deutsche Bevölkerung in Ostpolen-Oberhessen zu erfreuen hat:

Die Mutter: „Guten Tag, verzeihen Sie, Herr Direktor...“

Der Direktor (Ihr durch ins Wort fassend): „Habe ich Sie gefragt? Wer sind Sie, wie heißen Sie?“

Die Mutter: „Mein Name ist K. K.“

Der Direktor: „Nun also, Ihr Name ist polnisch. Sie sind also polnische Nationalität, und Ihr Sohn gehört in die polnische Abteilung.“

Die Mutter: „Herr Direktor, ich besthe darauf, daß mein Sohn die deutsche Abteilung besucht, mein Sohn kann kein Wort polnisch.“

Der Direktor: „Das können wir schon! Ihr Sohn und überhaupt die Schüler der deutschen Abteilung verstehen sich nur, sie sind deutsch, und doch müssen, ihr Benehmen läßt überhaupt viel zu wünschen übrig. Die deutschen Schüler sind Schweine. Sie haben einen polnischen Namen und Ihr Sohn muß daher in die polnische Abteilung.“

Die Mutter: „Herr Direktor, welchen Namen ich trage, geht Sie gar nichts an, ich habe mein Kind jahrelang auf die deutsche Abteilung geschickt, und kein deutscher Lehrer hat sich an meinem Namen gekümmert. Überhaupt haben Sie ja einen deutschen Namen und haben sicherlich früher auf deutschen Schulen Bildung genossen, davon ist allerdings wenig an Ihnen haben geblieben. Ihrem Benehmen nach zu urteilen, würden Sie sich besser zum Rud- oder Ochsenhirten eignen, als zum Leiter einer höheren Anstalt. Wir sind bis jetzt gewohnt gewesen, von den Lehrern der höheren Anstalten höflich behandelt zu werden, und nach kein deutscher Lehrer hätte sich so weit vergriffen, unsere Kinder als Schweine zu bezeichnen.“

Der Direktor (wütend): „Gehen Sie, ich habe mit deutschen Eltern überhaupt nichts zu schaffen. Hier in Polen wird nur polnisch gesprochen. Das Genet Abkommen geht mich gar nichts an, ich werde die Nationalität der Schüler fest.“

Wir zweifeln nicht, daß der würdige Vädgasse und Leiter einer höheren polnischen Erziehungsanstalt kraft seiner Verdienste um den polnischen Staat und infolge seines mannhaften Eintretens für die abgelehnte Sache einer schwachen deutschen Mutter gegenüber demnächst polnische Wege ergehen wird. Er am Ende gar noch Unterrichtsminister in Warschau. Es sei ihm gegönnt, vorausgesetzt, daß er auf einen kleinen Vorstoß eingicht, den wir ihm machen wollen, den Vorstoß nämlich, sich einen anderen, einen polnischen Namen auszusuchen. Denn für einen Väterlingen, einen Volksverräter, einen Gefühlsstumpfen, wie der Rottowitzer Gymnasialdirektor einer ist, für den es ein ehrliebe deutscher Name viel zu schade.

Zur Lage des Deutschtums im holländischen Landchen

wird Berliner Blättern mitgeteilt: Diejenigen Deutschen, welche für Angehörigkeit zum Deutschen Reich optiert haben, müssen das Land 12 Monate nach Ablauf der Optationsfrist verlassen. Deutscherseits sind in Dron Vorstellungen erhoben worden, diese 12 Monate zu verlängern. Die holländische Regierung hat dem nicht zugestimmt, weil die Frist im Friedensvertrag von Versailles ausdrücklich vorgesehen sei. Die Sorge für die das Landchen verlassenden Deutschen ist Sache der preussischen Regierung, die für Wohnung und Arbeit für diese Deutschen sorgen wird.

Aus dem Reichstag

Immer noch die Getreideumlage

Berlin, 20. Oktober.

Am Reichstag ging es gestern äußerst lebhaft über. Die eigentliche Arbeit — man beschäftigte sich auch gestern wieder mit der Getreideumlage — wird ja im Hauptausch geleset, wobei die Einigung über die Breite des ersten Drittels, wie man sich erzählt, auf diesem Wege ist. Da auch die Frage der Präsidentenwahl nicht mehr die Herzen beschwert, so genoh man ausnahmsweise so etwas wie eine vorübergehende entspannte Atmosphäre.

Herr Blum vom Zentrum, seines Zeichens Landwirt, nahm sich der Bauernschaft an, deren Dasein trotz des äußerlichen Wohlstandes durch die Höhe der Getreideumlage ernstlich bedroht sei als er die Höhe der über das teure Brot schelte, ahnen mag. Der Volkspartei-er Cuno trat sich mit dem Bauernführer Dr. Bohme in der Auffassung, daß lediglich eine Steigerung der Produktion das schlimmste von was abwenden könne. Dr. Bohme nahm das Rand noch insbesondere gegen den Vorwurf des Brötchens in Schutz und behauptete, daß bei einem Preis von 120—140 Mark für das Brot auf den Landwirt nur etwa 20 Mark entfallen. Auch Dr. Heim vom Bapertischen Bauernbund hatte sich zu Worte gemeldet, hielt sich aber getränkt vom Rednerpult fern, weil man den Kommunisten den Vortritt gewährt hätte. In die übliche kommunistische Phylippika gegen die Agrarier schloß sich dann noch ein wenig schmeichelesches Pörschiffchen, das der neben Frau Zellin zum künftigen Präsidenschaftskandidaten nominierte alle Eigenbrötter Ledebour seinen intimsten Gefühlsfreunden hielt.

Die Vorlage selbst wird also nun im Ausch weiter beraten. Am Freitag kommt ein gemeinsamer Antrag der Regierungsparteien und der Deutschen Volkspartei zur Besprechung, der auf Verhängung der Amtsdauer des Reichspräsidenten abzielt. Ein deutschnationaler Antrag zum gleichen Gegenstand, die Präsidentenwahl am 3. Dezember stattfinden zu lassen, deutet auf den Widerstand der von deutschnationalen und wohl auch von kommunistischer Seite dem inzwischen geschlossenen Kompromiß über die Präsidentenwahl entgegengebracht wird.

Der Reichstagsausch für Wohnungswesen

befasste sich mit einer Erhöhung der Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns betonte die Wichtigkeit, die Bestände schon heute für die Gemeinden und Wohnungen auszubauen. Allen Gemeinden gleichmäßig zwangsweise den Bau einer bestimmten Anzahl von Wohnungen aufzuerlegen, scheiterte aber an der Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse. Zur Beschaffung der Mittel siehe nur die Erhöhung der Wohnungsbaubgabe zur Verfügung. Ein Zuschlag von 500% würde nur die Herstellung von 15 000 Wohnungen ermöglichen. Deshalb schlägt die Regierung eine Erhöhung auf 1500% vor. Das Ministerium sei bereit, jede Unterstützung zur Verbilligung der Baumittel zu leisten. Unmittelbar darauf einzuwirken, sei es aber nicht in der Lage. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums erklärte, daß das Ministerium dafür sorgen werde, daß Baustelle für den Kleinwohnungsbau genügend geliefert würden. Beispiel würden genügend erzeugt, dagegen seien die Dachziegelabriken bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt, was auf den vermehrten Bau von Einfamilienhäusern zurückzuführen sei.

Der Ausch beschloß, die Beratung am Freitag fortzusetzen und zu nächster Sitzung die zuständigen Minister zum Erscheinen aufzufordern.

Der Reichstag hat am Donnerstag das Gesetz über die Erhaltung der Kriegerglieder aus dem Weltkrieg angenommen. Zur Erhaltung der Glieder sind darnach das Reich und die Länder verpflichtet, aber nur in Ergänzung der Pflege, die den Gliedern von anderer Seite zu teil wird. Die Vorlage sieht ein dauerndes Ruhegeld für alle Grundstücke vor, auf denen sich Kriegerglieder befinden.

Die Aussprache über die Berliner Krawalle

Berlin, 20. Okt. (Von unfr. Berliner Büro.) Die gestrige Aussprache im preussischen Landtag über die Straßenkrawalle am Jirkus Buid ist nicht über die Begründung der verschiednen Interpellationen hinausgeblieben, die aus diesem Anlaß von den Deputierten, der Deutschen Volkspartei, den Sozialdemokraten und den Kommunisten eingebracht worden sind. Der Minister des Innern hat noch nicht geantwortet. Man sieht sich also in der Erwartung getrieben, bereits gestern das Ergebnis der amtlichen Untersuchung vernehmen zu können. Ein amtliches Urteil über die Schuldigen läßt sich also vorerst nicht fassen. Im allgemeinen ist die gestrige Diskussion ruhiger verlaufen als man aus gewissen Anzeichen fürchten mußte, aber der Höhepunkt ist offenbar noch nicht erreicht. Der Volkspartei-er C. Conern zeigte sich außerordentlich bemüht, der Objektivität des parlamentarischen Urteils einen Weg zu bahnen. Zum erstmalig ist von kommunistischer Seite der vorbereitete Versuch gemacht worden, den Tribünen eine „mitwirkende“ Rolle in der Aussprache des Parlamentes zu übertragen, und man hätte wünschen mögen, daß der Präsident sich diesem Versuch, dem leicht weitere folgen könnten, energisch widersetzt hätte.

Bedrohungen der Elektriker

Aktuelle der Berliner Elektrizitätswerke haben beim Reichspräsidenten die Freilassung der verhafteten Kommunisten verlangt, andernfalls sie die „Rube nicht machen“ würden. Charakteristisch für die Aufshawung, mit der die Leute von dem bekannten „gewerkschaftlichen letzten Mittel“ Gebrauch machen wollen, ist die Tatsache, daß sie ihrer Spitzenorganisation, dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter überhaupt keine Mitteilung davon gemacht haben. Ob die Elektriker ihre Bedrohungen zur Wahrheit machen werden, hängt nach von den Beschlüssen einiger Funktionäre und Betriebsratkonferenzen ab. — Der letzte Elektrizitätsstreik hat so schlimme Folgen gehabt, daß die Behörden dazwischen durchgreifen sollten, um neues Unheil zu verhüten.

„Der Feind steht rechts!“

Das „Wagner Journal“, das Organ des heftigen Zentrum's, bringt in seiner Ausgabe vom 20. September des. Ja. unter dieser Überschrift einen Artikel, aus dem wir folgendes entnehmen:

Der Feind steht rechts! Wirklich nur rechts? Der Feind steht überall da, wo das Verbrechen steht, wo die Anarchie steht, wo die Gewalt als höchstes Prinzip im Staats- und Gesellschaftsleben verankert wird.

Einfest stehen wir vor den düsterenden Zeichen eines Trübberges und Kathonou. Gesellen durch Mörderhand. Diese Mörder stehen rechts. Schaudernd gedenken wir aber auch noch der armen hingerichteten Opfer, der Weisen in Wäldchen; deren Mörder stehen links. In Deutschland kurbelt heute eine Wäldchen, die den Mörder des österreichischen Ministerpräsidenten Graf Sillrat, den Dr. Friedrich Adler verheerische. In der oberen Handseite ist ein Satz geseichnet mit der Aufschrift: „Ministerpräsident Graf Sillrat“, in der unteren Handseite ist ebenfalls ein Satz mit der Aufschrift: „R. A. österr. Monarchie“. In der Mitte ist das Bildnis von Dr. Friedrich Adler, darunter der Text: „Dr. Friedrich Adler erfodt im Oktober 1918 dem österreichischen Ministerpräsidenten Graf Sillrat. Er wurde zum Tode verurteilt. Diese Strafe wurde aber in lebenslänglichen Kerker umgewandelt. Dr. Adlers Tod bereitete die Beilegungsrevolution vor. Seit Oktober 1918 nimmt Dr. Adler in der Stellung des befreiten Vaterlandes eine führende Stellung ein. Genossen, merkt es Euch! Der Erfolg entscheidet. Wer wagt, gewinnt!“ — Der Nordbude Dr. Adler und seine Lobredner stehen links! Kein geringeres als der frühere deutsche Außenminister Dr. Raddrich hat bei der Frage wegen Auslieferung des Mörder des spanischen Ministerpräsidenten Dato für diesen Mörder eine Banze eingelegt. Und Dr. Raddrich steht links!

Rein, der Feind steht überall da, wo das Verbrechen steht, wo die Anarchie steht, und wo die Gewalt als höchstes Prinzip im

Staats- und Gemeinschaftsleben verankert wird. Wenn das V�berdorsch-Draufgängerium, hervorgegangen aus Motanglauben und Jörn über das sich zusammenschließende Hochzeiter-Kaiserreich die Monarchie mit Gewalt einführen will (wer will denn das?), so ist das ein Verbrechen, weil das heißt: Das deutsche Volk führen durch Blutlachen und über Leichen. Der Feind steht rechts! Wenn aber sozialdemokratische Blätter heute schreiben: „Zwei revolutionäre Wäldchen haben sich gebrochen, die dritte revolutionäre Wäldchen wird die deutsche Arbeiterrevolution zum Siege führen“ — wenn die Kommunisten fort und fort als Ziel ihres Strebens „Herrschaft des Proletariats“ verkünden, so ist das auch ein Verbrechen, denn das heißt auch das deutsche Volk führen durch Blutlachen und über Leichen. Und der Feind steht links! Wenn sozialdemokratische Blätter in ihrem Verhältnis zu den Kommunisten schreiben: „Der Glaube, man könne zwischen Sozial und Sozial wie zwischen Schaf und Köden einen Krebstrich ziehen, ist tödlich“, wenn wir leben das enge Freundschaftsverhältnis der offiziellen deutschen Sozialdemokratie mit dem laosenen Kadel und den russischen Menschengeschlechtern, die sich in ihrem Amtsblatt rühmen, 1 764 875 Menschen schlagfertig zu haben, und die heute vor einer neuen Revolution schlagfertig stehen — so steht der Feind links!

Von links kommt heute die Besiedlung alles Großen und Großen in der deutschen Geschichte. Links steht der heimtückische kommunistische Internationalismus. Von links kommt die Verleumdung alles Heiligen, von links die gottlose Schule, das entartete Theater und Kino. Von links („Der Feind steht rechts!“) kommt der fanatische Haß gegen Kirche und Priesterium. Von links verbringe nur einmal einige Tage z. B. in den großen Riedbüschen, welche Lieberlichkeit Tag und Nacht, welche Schwelgerei, welche empörende Rohheit auf der Straße, welche Verhöhnung der Frauen und Mädchen, die morgens um 6 Uhr zur heiligen Messe wollen durch Betrunkene! Und sozialistisch durchsuchte Gemeinderäte haben die Volkseinstunde abgeschafft, und kein Volkseigenen läßt sich bilden, das in Anarchie, und diese Anarchie kommt von links! Und ungeachtet dieses magt man ohne Einschränkung zu sagen: „Der Feind steht rechts!“

Die Erkenntnis von dem Wert, oder besser Unwert, der Parole ihres Reichstagslers kommt in Zentrumskreisen rechtlich spät. Doch sie kommt, und das ist schließlich die Hauptfrage.

Deutsches Reich

Eine Reichsgerichtsentcheidung über das Beamtenstreikrecht

Vor dem Reichsgericht in Leipzig fand eine Reiferverhandlung ihren Abschluß, die 11 gleichlautende Fälle betraf und in der es sich um die viel umstrittene Frage des Streikrechtes der Beamten handelte. Eine Reihe von Eisenbahnbeamten, die auf Grund der Vereinbarung des Reichspräsidenten vom 1. Februar dieses Jahres durch die zuständigen Strafammern zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt worden waren, hatte gegen ihre Verurteilung Revision eingelegt. Sämtliche Revisionen wurden vom Reichsgericht verworfen. In der Verhandlung erklärte der Reichsammtel: Ein Streikrecht der Beamten kann es nicht geben. Dies folgt schon aus dem Verhältnis der Beamten zum Staat und aus dem Disziplinargesetz. Den Industriearbeitern kann der Beamten nicht gleichgestellt werden. Wenn im November 1918 die Volksbeauftragten dem Beamten das Streikrecht verleihten, so meinten sie damit offenbar nur das freie Vereinigungs- und Verbandsstreikrecht, nicht aber das Recht auf Niederlegung und Verweigerung der Arbeit. Daß die Regierung gelegentlich bei Ruppungselbst die Beamten zum Streik aufgefordert hat, kann für die hier zu entscheidende Frage nicht in Betracht. Denn einmüßig gegenüber hat kein Beamter die Pflicht zu arbeiten.

• Für die Ausführung des Friedensvertrags wird in einem Richtergesamt, dem vieren bereits, ein Reichsbudget von etwa 1 500 Milliarden Mark verlangt. Hieron werden bis zur Bereinigung des Reichshaushalts vorläufig 120 Milliarden Mark beantragt.

• Admiral Scheer wird von der Deutschen Volkspartei als Spitzenkandidat für Obersachsen aufgestellt werden.

Bayern und die Pfalz

Bayrische Vorschläge an die Reichsregierung

München, 19. Okt. Eine Denkschrift der bayerischen Regierung an die Reichsregierung, die jetzt im Wortlaut vorliegt, geht zunächst auf die Auswirkungen der Teuerungskontakroskopie ein, die sich gerade in Bayern besonders verhängnisvoll geltend macht und namentlich die breite mittelhändische Schicht bedroht, die von der Not immer mehr aufgerissen wird. Die Vorschläge der bayerischen Regierung gehen im einzelnen dahin, Ruhe und Ordnung im Innern zu sichern, strengste Sparsamkeit im Reichshaushalt durch Vereinachung der Verwaltung und Beilegung der Staatwirtschaft für öffentliche Betriebe herbeizuführen, die Volkswirtschaftlicher Waren zu verbrennen, die inländischen landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnisse zu heben und den inländischen Bedarf auf das unentbehrliche einzuschränken, namentlich die Herstellung von Getreide und Futurgut, Konferven, Bier und Schnaps, die mögliche Unterbindung der Schlemmerei. Ferner bringt die bayerische Regierung zur Hinanhaltung der überheblich nehmenden Gedächtnis eine Reihe von Maßnahmen in Vorschlag, die sich auf strenge Überwachung der Kartelle und Syndikatsähnlichkeit ihrer Preisfestsetzung, den Anmeldezwang für alle Preisvereinbarungen bei Kartellbehörden und Preisüberwachung der übrigen Betriebe beziehen. Zur Bekämpfung des Wuchers wird eine häufigere Anwendung von Jugendstrafen und Vermögenskonfiskationen vorgeschlagen und eine Verringerung und Säuberung des Zollschwehhandels begünstigt. Die Denkschrift enthält weitere Vorschläge zur Änderung der Rot der Kleinrentner. Zum Schluß wird das Problem der Stabilisierung des inländischen Preisniveaus aufgerollt, wobei der Vorschlag dahin geht, den gesamten Preisverkehr zum Zwecke strengster Sparsamkeit zu zentralisieren und alle inländischen Preise und Gehälter auf ihre dreifache Höhe herabzusetzen.

Einschränkung der Luftfahrten

München, 19. Okt. Die im Landtag zur Sprache gebrachten Klagen über die Unzuverlässigkeit des Oktoberfestes haben die zuständigen Stellen einer amtlichen Mitteilung zufolge verteidigt, die Frage einer Einschränkung kergernis erregender Luftfahrten zu prüfen. Anlässlich der bittersten Not weißter Schichten und rauchende Luftschiffe nicht gerechtfertigt; im kommenden Winter werden öffentliche Luftfahrten bedrohlich wesentlich eingeschränkt werden.

Lezte Meldungen

Nürnberg, 20. Okt. Die Ludwigsbahn, die 1854 als erste deutsche Eisenbahn zwischen Nürnberg und Eich erbaut wurde, wird wegen Unzuverlässigkeit des Betriebes einstellen. Am dies wird verbunden, trat die Stadt Nürnberg mit dem Erlaß heran, die Bahn zu übernehmen und in das elektrische Straßenbahnen einzubeziehen.

Gronau, 20. Okt. Eine aus Anstalltorken bestehende Ladung einer Lokomotive explodierte während der Rektion durch holländische Feldbeamte. Der Chauffeur und der reisierende Beamte wurden getötet, ein in der Nähe stehender Kolonnenführer und zwei Frau erlitten Verletzungen. Das Hauptkollant wurde schwer beschädigt.

• Eine neue Art von Sparanket. Die griechische Regierung hat beschlossen, aus Gründen der Sparsamkeit die Gesandtschaften in Berlin, Wien, Madrid, Sofia, Petersburg, Kopenhagen, Christiania, Brüssel, Am Haag, Stockholm, Warschau und Danzig aufzuheben.

• Die Zahl der englischen Arbeitslosen betrug in der letzten Woche 1 388 118 oder 1317 mehr als in der Vorwoche.

Die Ausländer auf der Eisenbahn

Zu dieser Frage wird uns von unserem schweizerischen Mitarbeiter folgendes mitgeteilt:

In der letzten Zeit ist in der Öffentlichkeit wiederholt die Frage erörtert worden, ob es nicht angängig sei, von den zahlreichen Ausländern, welche gegenwärtig die Strecken der Reichseisenbahnen benutzen, höhere Fahrpreise, als von den Inländern, zu erheben. Diese Forderung schließt an den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages, der im Absatz 1 des § 357 folgende Bestimmungen enthält: Deutschland ist verpflichtet, an der Einrichtung des Verkehrs mit direkten Fahrplänen für Personen und Gepäck zu arbeiten, die von einer oder mehreren der alliierten und assoziierten Mächte verlangt wird, um die Verbindung dieser Mächte untereinander oder mit anderen Ländern mittels Eisenbahn durch das deutsche Gebiet zu sichern. In keinem Fall dürfen die Fahrpreise für diesen direkten Verkehr höher sein, als die Fahrpreise, welche für den inneren deutschen Verkehr auf derselben Strecke bei gleicher Geschwindigkeit und Bequemlichkeit erhoben werden. Diese Bestimmungen besagen klar und deutlich, daß an eine besondere Behandlung der Ausländerreisenden, soweit sie Staaten angeht, die am Versailler Vertrag beteiligt sind, in tariflicher Beziehung auf der Eisenbahn nicht möglich ist. Wenn man außerdem berücksichtigt, daß außer den meisten europäischen Staaten, Amerika, Japan, Australien, Kanada, Siam, Indien und sogar Haiti, Liberia, Mexiko usw. den Versailler Vertrag als ehemals feindliche Mächte mitunterschiedet haben, dann bleiben verhältnismäßig wenige Ausländer übrig, von denen unter Umständen die Erhebung höherer Fahrpreise in Frage käme. Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß von einer solchen Maßnahme hauptsächlich die Angehörigen jener ehemals neutralen Staaten betroffen werden würden, die Deutschland während und nach dem Krieg unendlich viele Wohlthaten erwiesen haben (Rinderkur, Aufnahme von Flüchtlingen, Kriegsgefangenen-Aufzucht usw.), liegen sich besondere Tarifmaßnahmen schon aus allgemeinen Gründen nicht empfehlen. Doch unter diesen Umständen besondere Personaltarife für Ausländer nicht angewendet werden können, bedarf daher wohl keiner weiteren Erläuterung.

Hingegen davon werden aber die technischen Schwierigkeiten von der Öffentlichkeit vollkommen unterschätzt. Nach Lage der Verhältnisse würde sich keine Möglichkeit bieten, für Ausländer besondere Fahrkarten vorzulegen zu halten, denn hierzu reichen die sehr begrenzten Platzverhältnisse der Schalter nicht aus. Man müßte sich daher schon entscheiden, an Ausländer doppelte Fahrkarten auszugeben. Über selbst wenn man zu dieser Maßnahme greifen wollte, wäre noch keine einwandfreie Lösung gefunden, sondern zur Vermeidung von Fahrgebidtsverletzungen müßte die Abgabe von Fahrtausweisen gründlich von der Vorlage polizeilicher Ausweisepapiere von jedermann, d. h. auch von den Inländern, abhängig gemacht werden. Die Ausweisepapiere selbst wären selbstverständlich auch bei jeder Fahrkartenprüfung vorzulegen. Wie unter solchen Umständen eine glatte Schalterabfertigung und Prüfung der Fahrtausweise vorgenommen werden könnte, erscheint sehr fraglich. Jedenfalls hätte unter diesen Voraussetzungen der Inländer wesentlich mehr Unannehmlichkeiten in Kauf zu nehmen als der Ausländer. Für die Eisenbahnverwaltung selbst würden solche Tarifmaßnahmen zweifellos einen erheblichen Mehraufwand an Personal bedingen, so daß irgendeine Mehrerinnahme praktisch überhaupt nicht erzielt werden würde.

Schließlich sei auf dieses hingewiesen, daß Deutschland infolge seiner Lage auf den Ausländerverkehr auf den Eisenbahnen in einem hohen Grade angewiesen ist. Das trifft insbesondere für Baden zu. Es bedarf wohl keines weiteren Hinweises, daß beim Wegfall des Ausländerverkehrs in den Schnellzügen, der für die gegenwärtigen Verkehrsverhältnisse gut mit Schnellzügen versehen ist, der Bahnplan nicht mehr aufrecht erhalten werden könnte und daß dadurch manche für den Inländerverkehr sehr wichtige und zweckdienliche Fahrpläne, weil nicht mehr lebensfähig, notwendig ausfallen würden.

Es sei im übrigen daran erinnert, daß die ehemals badi-schen Reichseisenbahnen in dem auf schweizerischem Gebiet gelegenen Bahnhof Basel, dessen Personal in Schweizerwährung entlohnt werden muß, zur Deckung der höheren Aufwendungen vor Jahren mit Genehmigung der zuständigen schweizerischen Behörden einen über dem Tageskurs stehenden Umrechnungskurs festgesetzt hatten, eine Maßnahme, die durchaus berechtigt war. Hiergegen wurde von den verschiedensten Seiten aus Baden äußerst scharfer Einspruch erhoben, so daß unter dem Zwang der Verhältnisse die Maßnahme aufgegeben werden mußte zum Nachteil der deutschen Eisenbahnen, denen hierdurch damals schon monatlich Millionen einnahmen verloren gegangen sind.

Die wirtschaftliche Notlage

Von der süddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller geht uns folgende Mitteilung zu:

Der Vorstand der süddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller hat in seiner letzten Sitzung die derzeitige Lage der Metallindustrie und die Auswirkungen der bei der gesamten Industrie, beim Reich, bei den Ländern und bei den Gemeinden in immer kürzeren Abständen sich wiederholenden Erhöhungen der Löhne und Gehälter eingehend erörtert. Es wurde festgestellt, daß diese Erhöhungen den Lohn- und Gehaltsempfängern in keinem Falle einen Nutzen gebracht haben, da sie durch ihre Wirkung auf Rohstoffgewinnung, Frachten, Fertigerar-

beitung und Notenpresse stets eine neue verstärkte Steigerung aller Preise unmittelbar nach sich ziehen mußten. Gleichzeitig haben sie jedoch zu derartiger Steigerung der zum Betrieb der Unternehmungen erforderlichen Mittel geführt, daß deren Umbringung heute nicht mehr möglich ist und die Betriebe unbeding zu Einschränkungen und Stilllegungen gezwungen werden. Wenn auch die unangünstige Entwicklung der deutschen Wirtschaft seit Kriegsende nicht allein eine Folge der Lohn- und Gehaltssteigerungen ist, sondern hauptsächlich durch die Vorkriegs- und Nachkriegs-Entwicklungen und die Reparationslasten, so ist heute doch kein Zweifel mehr darüber möglich, daß diese Erhöhungen, ohne irgend welchen Nutzen zu bringen, die Entwicklung in einem Maße verschärfen und bedenklich machen, daß die Arbeitgeber die Verantwortung für ein Weitergehen auf diesem Wege durch freiwilliges Zugestehen von Lohn- und Gehaltssteigerungen nicht mehr übernehmen können.

Städtische Nachrichten

Aus der Sitzung des gemischten beschließenden Ausschusses vom 18. Oktober 1922

Preiserhöhung für Gas, Licht- und Kraftstrom

Der Preis der für das Gaswerk und das Elektrizitätswerk erforderlichen Kohlen ist vom 1. Oktober ab um 1733 K bzw. 1937 K für die Tonne erhöht worden. Auch die Gehälter und Löhne werden sich vom gleichen Zeitpunkt ab beträchtlich steigern. Es werden daher von der Oberverordneten erhöht: der Gaspreis auf 30 K für den Kubikmeter, der Lichtstrompreis auf 75 K, der Kraftstrompreis auf 51 K, der C-Strompreis auf 27 K für die Kilowattstunde.

Übersehen Sie nicht die Bezugs-Erneuerung auf den

Mannheimer General-Anzeiger

In einigen Tagen wird der Briefträger die Zeitung über die Gebühren für den nächsten Monat vorlegen. Durch Einlösung sichern Sie sich die regelmäßige Lieferung unseres Blattes. Die Geschäftsstelle.

Erhöhung der Kanal- und Müllabfuhr-Gebühr

Infolge der ab 1. September ds. Js. eingetretenen Lohn- und Gehaltssteigerung sowie der Preissteigerung wurde die nachgenannten Gebühren vom 1. November ab wie folgt erhöht:

- 1. Kanalgebühr bei Fäkalienentleerung von 40% auf 47 Proz. des Ruhungswerts, ohne Fäkalienentleerung von 30% auf 36 Proz. des Ruhungswerts.
2. Müllabfuhrgebühr: von 62% auf 93 Proz. des Ruhungswerts; die Pauschalgebühr für Wohnungen bis 500 M. jährlichen Mietzins von 60 M. auf 96 M. jährlich.

Die Gemeindevahlen

In der Presse wird die Frage erörtert, ob bei den bevorstehenden Gemeindevahlen in den mittleren Gemeinden von 200-1000 Einwohner die Wahl der ehrenamtlichen Gemeinderäte mit der der Gemeindeordneten verbunden werden, unter Umständen sogar mit einem gemeinsamen Stimmzettel vorgenommen werden kann. Die Frage ist durch § 2 der Verordnung über die Gemeindevahlen vom 23. März 1922 bereits entschieden und zwar in verneinendem Sinn. Die genannte Bestimmung schreibt vor, daß beim Zusammenreffen verschiedener Gemeindevahlen zuerst die Wahl der Gemeindeordneten stattfindet, auf welche zunächst die Wahl der ehrenamtlichen Gemeinderäte und sodann die Wahl der Bürgermeister und der besoldeten Gemeinderäte folgt. Wenn daher auch bei diesem Verfahren in den mittleren Gemeinden, in denen die Wahl der Gemeinderäte unmittelbar durch die Wahlberechtigten erfolgt, nicht erst das rechtsgültige Ergebnis der Wahl der Gemeindeordneten abgewartet werden muß, so läßt die Bestimmung doch darüber keinen Zweifel, daß die Wahl der Gemeinderäte erst nach vollzogener Wahl der Gemeindeordneten, also in einem besonderen Wahlgang stattfinden kann.

gerade diese russische Dekorationskunst die stillere Arbeit der deutschen Kunst zu überbieten droht, kann in den Augen des Publikums gefährlich werden.

Wir wir über diesen Kunstrummel denken, anders kann man diesen gewissenlos betriebenen Kunstverkehr nicht bezeichnen, haben wir verächtlich rüchlos zur Ausrufung gebracht. Das letzte Mal, als der Versuch gemacht wurde, die Kunst- und Kunstwerke des Reichs und dem Bestand der Mannheimer Kunsthalle einzubringen. Leider konnte der Verkauf einiger Kunstwerke nicht verhindert werden. Oder sind diese Kunstwerke an die Kunsthalle?

Theater und Musik

Hildebrandt Musikleben. Am letzten Donnerstag musizierte hier das Busch-Quartett. Unnötig, dieses Quartett und musikalisch gleich vollendetes Instrumentalensemble zu analysieren. Der Abend war wieder ein in seiner Art und historisch nachhaltigen Eindruck. Zwischen einem weniger gelassenen Mozart in F-Dur und dem Schubert Op. 161 in G-Dur stand eine Sonate von Adolf Bach. Ein früheres Werk, das allen 4 Instrumenten Gelegenheit gibt, in blühendsten Farben zu musizieren. Es ist liebenswürdig, heiter und ansprechend. Die souveräne Art seines Schöpfers, sein unerschütterliches Spiel gibt ihm den besten Glanz. — Das inoffizielle Konzert des Bachvereins beherrschte uns ein altes einstudiertes Aquarell mit Professor Herrn. Ziller am Klavier. Die glückliche Idee der Bachvereinsleitung, uns das deutsche Volksliederspiel Allers zu übermitteln, hätte vor allem unserer Musikfreunde mehr Entzücken verdient. Rühmend war der Erfolg lebensvoll sehr klar und mehrwertig. Sicher ist ein zu guter Musiker, um nicht in allen Ecken die Stimmung zu treffen. Allerdings gibt er uns rechtlichen Ansehens, der an die Ausführernden ziemlich Anforderungen stellt. Mit Frau Gauden-Hinten als Bühnen, Kl. Hahn und den Herren Rothmann und Reiter wurde diesen voll und ganz entzückt. Die zum Schluss wiederholte Frage (Ein Musikus will schließlich sein) möchte ich an erster Stelle nennen. Dann hinterließ außer dem überaus witzigen „Kinderkonzert“ der „Traum“ einen tiefen Eindruck. Der Komponist — ist ein bedeutender Pianist — war am Flügel wohl sein bester Anwalt. Anna Möller.

Ein neues Bühnenwerk von Georg Kaiser ist in der Mannheimer Schaubühne aufgeführt worden. Unser Kritikerleiter schreibt nach Torkerhölzer, Wonneguland. Von nie größerer Wochentagsstunde fesselnd beeindruckt. In unartikuliertem

Die neuen Jahrespreise bei der Eisenbahn

(Mitgeteilt vom Verkehrs-Verein Mannheim e. V.)

Am 1. November 1922 tritt bei der Bahn die angekündigte 100-prozentige Tarifierhöhung in Kraft. Man hat denn das Doppelte des bisherigen Fahrpreises zu ertragen, auch für Umwegfahrten, Übergangsfahrten, Zeitfahren und Sonntagsfahrten. Die Preise für Schnellzugszuschläge verdoppeln sich gleichfalls und erfahren eine weitere Umgestaltung dadurch, daß ab 1. November 1922 ein besonderer Zuschlag für die 1. Klasse eingeführt wird, der für die 1. Zone (bisher 75 Kilometer) 90 K, für die 2. Zone (bis 150 Kilometer) 180 K und für die 3. Zone (über 150 Kilometer) 270 K beträgt. Der Preis für Bahnkategoriekarten beträgt ab 1. November 4 K. Hundekarten werden abgekürzt; statt dessen muß künftig eine halbe Fahrkarte 3. Klasse gelöst werden.

Table with 2 columns: Fahrpreis für 1 Kilometer, Preis in der 4. Wagenklasse auf 90 Km. Rows show prices for 1, 2, 3, 4 km.

Die Schnellzugszuschläge betragen am 1. Nov. 1922: für die 1. Zone 3 K, 30 - K, 2 K, 60 - K, 1 K, 90 - K, 2 K, 120 - K, 1 K, 180 - K, 3 K, 150 - K, 2 K, 180 - K, 1 K, 270 - K.

Der neue Jahrespreis wird ab 1. November auf den Fahrtausweisen nicht mehr aufgestempelt sein, er wird immer das Doppelte des auf der Fahrkarte angegebenen höchsten Preises betragen. Mit Fahrkarten, die mit einem Tage des Monats Oktober abgestempelt sind, muß die Fahrt im Oktober angetreten werden. Ab 1. Dezember 1922 ist eine weitere Fahrpreiserhöhung geplant.

Die Fahrpreise auf der Bergbahn in Heidelberg

Zu der Anregung des Mannheimer Verkehrsvereins um Gewährung von Abonnementkarten auf der Bergbahn auch für die Mannheimer und Ludwigshafener Bevölkerung, teilt uns die Heidelberger Straßen- und Bergbahn-U.G. mit, daß der Ausschuss in seiner letzten Sitzung die Vergünstigung, die er den Bewohnern der an der Bergbahn liegenden Dörfer gewährt hat, auf den ganzen Kreis Heidelberg und auf den ganzen Kreis Mannheim, sowie auf die Bewohner der Stadt Ludwigshafen, soweit sie nicht zu den von einer starken Vergünstigung Begünstigten gehören, ausgedehnt hat. Das bedeutet gegen Abgabe eines Ausweises zum Preise von 100 K bei Benutzung der ersten Fahrkarte ein Ermäßigung von 50%, gegen 35% früher, und bei den Bergbahnnummernarten eine solche von 60% gegen bisher 50%. Mit dieser Lösung können, so wird uns aus Heidelberg geschrieben, die Mannheimer wohl zufrieden sein.

Änderung der Milchabf. Ein Rundschreiben des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft an die Landesregierungen befaßt sich mit den zur Vinerdung der Milchnot zu treffenden Maßnahmen. Es ist der Erlaß einer Verordnung beabsichtigt über die Konzeptionierung der Butter und des Milchhandels. Dagegen soll von der Festlegung von Höchstpreisen für Butter und Milch durch das Reich bis auf weiteres abgesehen werden, jedoch wird darauf hingewiesen, daß die Festlegung von Höchstpreisen schon jetzt durch die Landesregierungsbehörden oder die von ihnen beauftragten unteren Behörden auf Grund des Höchstpreisgesetzes möglich ist. Endlich werden die Landesregierungen ersucht, Verfügungen gegen die Vermässerung und Verschärfung der Milch zu treffen. Die der Reichsregierung und den Kommunalverbänden zur Verfügung stehende Mittel soll neben der Befreiung der landwirtschaftlichen Betriebe, die Umfögetreide abliefern, in erster Linie zur Hebung der Milchproduktion und Verteilung an Milchnotlandsgebiete verwendet werden.

Ausbildungskurse für Gemeindepolizisten. Bei der staatlichen Polizeischule in Karlsruhe werden im Ausbildungskurs für kommunale Polizeiamt abgehalten werden, der am 27. November ds. Js. beginnen und sich auf vier Wochen erstrecken soll. Der Kurs zweckt eine Schulung der kommunalen Polizeibeamten in den theoretischen und praktischen Grundlagen ihrer Berufsausübung. Als Teilnehmer werden polizeiliche Erfahrungsbeamte der größeren und mittleren Gemeinden im Alter bis zu 40 Jahren zugelassen, sowie leitende Erfahrungsbeamte bis zu 50 Jahren, wobei Ausnahmen gestattet werden können. Die Zahl der Teilnehmer an diesem ersten Kurs soll jedoch 30 nicht überschreiten. Die Gemeinden werden durch die Bezirksämter nach besonders auf den Kurs aufmerksam gemacht werden.

Angestellten-Versicherung. Wie wir erfahren, wird das Direktorium der A. I. U. zur Ueberwachung der Beitragszahlung deutsche Revisionen in den Betrieben durch eigene Beamten nunmehr in verstärkter Maße vornehmen lassen, nachdem sich das Bedürfnis hierfür als dringend herausgestellt hat. Arbeitgebern und Versicherern war es durch die vielen im Laufe der Zeit erangenen Verordnungen um nicht leicht gemacht, den gesamten Rechtsstoff zu überblicken und sich über ihre Rechte und Pflichten zu unterrichten. Erschwerend wirkte dabei, daß der Verkehr mit der Zentrale in Berlin bisher nur auf schriftlichem Wege möglich war. Die schon bestehende Einrichtung der Ortsausschüsse der Vertrauensmänner der Angestelltenversicherung ist nur wenig bekannt geworden. Um die Beziehungen zwischen A. I. U. und den beteiligten Kreisen lebendiger zu gestalten haben hiesige Angestellte der A. I. U. in einer Anzahl

Telegrammstil beschließt Stellungnahme. Strindbergisch angelehnt, wünscht er Frau Hungerbauchschmerz Schwelgerlobn kommt. Störschrei mit Erfindung die Goldhänge ermöglicht. Krebser, nach dem Kreise also geföhrt, Wangen vollkommen nachspringt. Dieser Kampf, durch Tempo ein wenig einschüchelig, ohne doch glaubhafter zu werden, erhebt als das neue Stück Georg Kaisers, das die „Schaubühne“ aufzuführen. Kosmische Prosen machen die widersprüchlichen Sprachverzerrungen nicht genießbarer. Der Vorwurf und die Entwicklung ist eine Art plüschiger Hochstapel, vor der wir angewidert ins — noch so schneuliche — Leben heimstücken. Die Darstellung mühte sich rechtlich. Herrn Krebser lehnen die Virtuosenmittel, eine groteskfigur wie diese Krebser erträglich zu machen. Es bildet die Geste und ein — etwas idiotisches — Grinsen. Lebendig und frisch war die Frau Krebser der Frau Hardung. Diese Künstlerin sollte bessere Aufgaben in ihrem Fach finden. Tes Junge Chepaort wurde von Frau. Rothchild und Herrn Zesse-Gün in gesteigerten Temperamentsaitaden höchst wirkungsvoll verfürpert. Ri-Ri.

Kunst und Wissenschaft

Der Himalaja und die Mount Everest-Expedition. Im gubeltesten Wustenal sprach gestern abend Dr. Emil Lenz über das Himalaja-Gebirge und die englische Mount Everest-Expedition. Viele der Zuhörer waren vielleicht nur deshalb gekommen, weil sie die Schilderung der vielen Gefahren erwarteten, die die Teilnehmer an der Expedition zu bestehen hatten. In diesem Punkte kamen sie allerdings nicht auf ihre Rechnung. Um so eindrucksvoller verstand es der Redner, den Zuhörern die Eigenarten und die Beschaffenheit dieses wilderster Gebirges im Lichtbild vorzuführen. Man sah die Berge, die bis zu 4000 Meter Vegetation aufweisen. In mildromantischen Schluchten wählten sich die großen Flüsse durch das Gebirge des emigen Schnees und Eis. Einen ganz gewaltigen Eindruck machte der Mount Everest selbst, die englische Expedition nahezu erlösen hatte. Man sah im Lichtbild die einzelnen Stationen der Expedition, die sie anstreckten hatte, um von da aus Ausgangspunkte zu haben. Der Redner, dem es gelungen war, mit seinen von großer Kenntnis des Gebirges stammenden Ausführungen die Zuhörer zu fesseln, erregte lebhaften Beifall.

Die Ausstellungen des Kunstwissenschaft. Einen recht pessimistischen Ausblick in die Zukunft des deutschen Kunstwissenschafts gibt Wilhelm von Erdmannsdorff in einem Ueberblick über den älteren und jüngeren Berliner Kunstwissenschaft im Kunsthandwerk. Man heute von wissenschaftlichen, weniger bedeutenden Forschungen älterer Sammler abgesehen, in Berlin an älteren Kunstwerken gesammelt wird, ist fast ausschließlich bestimmt, möglichst bald vorzulei-

Handel und Industrie

Proteste gegen die Devisenverordnung

Ein bekannter Jurist über die Devisenverordnung. Die Verordnung gegen die Spekulation in ausländischen Zahlungsmitteln vom 12. Oktober d. J. behandelt jetzt Rechtsanwalt Otto Bernstein, Berlin, sehr ausführlich in der letzten Nummer des 'Bank-Archiv' vom 15. d. Mts.

Der gesamte Wollhandel gegen die Devisen-Notverordnung. Der Zentralausschuß der Wollhandelsvereine, Sitz Leipzig - als Gesamtvertretung des Wollhandels - stellt fest, daß die Auswirkungen der Notverordnung betr. den Devisenhandel dem beabsichtigten Zweck, soweit das Wollgebiet in Frage kommt, direkt entgegengesetzt sind.

Die Handelskammer Essen hat zur neuen Devisenverordnung folgendes Telegramm an die maßgebenden Berliner Reichsstellen geschickt: 'Der wirtschaftspolitische Anschlag der Handelskammer für die Kreise Essen, Mülheim (Ruhr) und Oberhausen hält die Devisenverordnung des Reichspräsidenten und ihre Ausführungsbestimmungen für unklar und unzureichend.'

* Erhebliche Erhöhung des Goldzollaufgeldes. Für die Woche vom 25. bis 31. Oktober beträgt das Goldzollaufgeld 53 000 gegenüber 43 000% in der laufenden Woche, also mit hin das 539 fache.
* Pfälzische Hypothekbank Ludwigshafen a/Rh. beruft laut Anzeige im vorliegenden Blatt eine a. o. G.-V. auf Donnerstag, den 9. November nach Ludwigshafen, die über die von uns bereits erwähnte Erhöhung des Aktienkapitals Beschluß fassen wird.

Börsenberichte
Mannheimer Effektenbörse
Mannheim, 19. Okt. Die Börse verkehrte in lebhafter und fester Haltung. Zur Notierung gelangten Umsätze in Anilin zu 205%, ferner in Benz zu 930% und 940%, in Fahr zu 1240%, Karlsruher Maschinenbau zu 1750%, Mannheimer Gummi zu 1050%, Neckarsulmer Fahrzeugwerke zu 1300%, Rhein-Elektra zu 600%, Unionwerke zu 1500%, Seilindustrie zu 800%, Freiburger Ziegelwerke zu 1750%, Zellstofffabrik Waldhof zu 1575%, in Zuckerfabrik Frankenthal zu 2000% und in Zuckerfabrik Waghäusel zu 2550%. Von Banken stellten sich höher: Rhein. Creditbank 315 bez. u. G., Bad. Bank 680 G. und Rhein. Hypothekbank 150 bez. Brauerei Sinner-Aktien wurden zu 1500% gehandelt.

Waren und Märkte

× Weitere Erhöhung der Rohisenpreise. Infolge der 60% Frachtheuerung und der Erhöhung der Oktoberlöhne erfahren die bisherigen Höchstpreise für alle Lieferungen von Rohisen ab 16. Oktober folgende Erhöhung:
für Hämatit um 1882.4
für Cu-armes Stahlisen um 1882.4
für Gießereirohisen 1 um 2477.4
für Gießereirohisen 3 um 2477.4
für Gießereirohisen, Luxemburger Qual. um 2837.4
für Siegerländer Stahlisen um 2002.4
für Spiegeleisen 8-10% um 2065.4
für Ferro-Silizium 10% um 1882.4
für Temper-Rohisen um 1882.4
für Ferro-Mangan 50% um 2737.4
für Ferro-Mangan 80% um 2737.4

Table with columns for 'Waren', 'Märkte', 'Berliner Metallbörse vom 19. Oktober', 'Amerikanischer Funkdienst', 'Devisenmarkt', and 'Starkes Sinken der Mark in New York'. It lists various market prices and exchange rates.

Todes-Anzeige. Hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser lieber Vater, Großvater, Onkel, Schwiegervater, Herr Ludwig Kullmann, Glasmeister, unerwartet auf der Reise gestorben ist.

Statt besonderer Anzeige. Am 16. Oktober entschlief nach einem arbeitsreichen Leben unser guter Vater, Großvater und Schwiegervater, Herr Gustav Hagen. Mannheim, den 20. Oktober 1922. Johanna Hagen, Anna Hummel, geb. Hagen, Gustav Hagen. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. Oktober, nachmittags 3 Uhr statt.

Mahlde. Hiermit die traurige Nachricht, daß unsere liebe Mathilde im Alter von 17 1/2 Jahren Mittwoch nachmittags sanft entschlafen ist.

Trauerbriefe und alle anderen Trauer-Drucksachen. Schnelle Herstellung. 5301/02. Druckerei Dr. Haas, E. 5. 2. Fernruf 7940-7945.

Pfälzische Hypothekbank Ludwigshafen a. Rh. 1. Von Lösung der Beschlüsse der Generalversammlung vom 12. März 1921 und des Rücktritts von dem Vorsteher des Aktienkapitals unterer Gesellschaft um 3 000 000. — durch Erhebung von 3000 Stück Aktien zu 1000.— erhöhte. Die neuen Aktien nehmen an dem Geschäftsgewinn des Jahres 1922 teil.

Ausserordentliche Generalversammlung auf Donnerstag, den 9. November 1922, vormittags 10 1/2 Uhr, im Bankgebäude, Brühlstraße Nr. 8 hier. Tagesordnung: 1. Berichtigung fester Dividenden auf Reservafonds II. 2. Erhöhung des Aktienkapitals unter entsprechender Herabsetzung des 3. des Gesellschaftsvertrages.

Kaufmann. mit Organisationskenntnis und ungel. 5373 Mk. 100000.— Einlage als tätiger Teilhaber von einer offenen Handels-gesellschaft gesucht. Angebote unter KV 183 an Geschäftsamt, Ann.-Exp. d. Anzeiger.

Wohn- oder Geschäftshaus von Selbstbauer sofort gesucht. Angebote unter L. H. 55 an die Geschäftsstelle *2281. Brillanten. Alt-Gold- u. Silbergegenstände, Zahlungsbüchsen, Schmucksachen, Uhren. Brillanten. Perlen, Schmucksachen, Zahlungsbüchsen, Uhren und Platin-gegenstände u. Juwelien. H. Sosnowski. Brillanten. Perlen, Schmucksachen, Zahlungsbüchsen, Uhren und Platin-gegenstände u. Juwelien. Stadt bekannt. Waren-Regale. Gabr. Schlatzhammer.

Herren-Anzugstoffe, Damen-Kostümstoffe und Ulsterstoffe. Tuchhaus Neckarstadt, Mittelstr. 33a, H. Baron & A. Wolftrauch.

Vermischtes. Bestergeschäft. 60-80000 Mk. Straßkleider, Abendkleider und Mäntel.

Weiß. Fox. mit gelben Flecken an Kopf, Rücken u. Schwanz. Bäckereien Metzgereien. Unterricht. in franz. Handelskorrespondenz u. Rechnungswesen.

Wienbrand Winkelhausen Alle Reserve

General-Vertretung und Fabriklager: Honzori & Meller, Karlsruhe u. S., Fernruf 4993.

National-Theater Mannheim Freitag, den 20. Oktober 1922

In Miets E. 10. Freie Volkshöhle P. 244-2520 Bühnenvolkshaus Nr. 631-730

Das Käthchen von Heilbronn

Milchenschauspiel von Heinrich von Kleist. In Szene gesetzt von Heinz W. Volgt. Bühnenbilder von Heinz Glets.

Friedrich Werner. Carl von Strahl. Gräfin Helena, seine Mutter. ...

Sams. den 21. Oktober 1922 Der Barber von Sevilla

In Miets A 10. Anfang 7 Uhr

Städt. Konzerte im Rosengarten

Nibelungensaal. Sonntag, 22. Okt. ab 4 Uhr 2. Sonderveranstaltung

Drei Berliner Buben

Wie und Why gebührt auf ihrer Schweizer- ...

Herren zu Mk. 35.-, 60.- und 80.- ab Mittwoch im Rosengarten ...

Libelle KUNSTLEISPIELE

Eröffnungs-Programm mit Kurt Graf, Lampi Max usw.

Lindenhol-Lichtspiele Lindenholstraße 47

Dr. Mabuse II. Teil S. 206

Nur ab heute bis Montag!

Offene Stellen

Ausgedehnte Agentur- u. Kommissionsfirma sucht für ihre Mannheimer Filiale

gew. jünger. Verkäufer

zur Besetzung der Kundenkartei am Telefon ...

Generalagentur für Baden mit Sitz Mannheim

ist infolge Ablebens des bisherigen verlässlichen Verwalters

baldestig neu zu besetzen

Geht. Bewerbungen mit ausführl. Darlegungen, Referenzen und Ansprüchen erbiten sofort

Mitteld Deutsche Versich.-Aktenges. Halle a. d. S.

Wir suchen, wenn möglich, zu sofort

Feuerversicherung. Beamten, zweifelh. (Pouer, E. D., W. Ausrühr)

Industrie-Geschäftes

bewandert ist, und dem bei entsprechenden Fähigkeiten Gelegenheit geboten

München-Direktion der Aachener- u. Münchener Feuer-Versicherungsgesellschaft

Kaufmännisch. Angestellter

18-20 Jahre, möglichst aus dem elterlichen Hause

Wenn der Sturm verbraust...

Großes, amerikanisches Drama von Sturm und Sturmesees in 5 Akten

Die deutschen Kampfspiele 1922

Ein Sportfilm in 5 Akten. Winterwochenend-Sportveranstaltungen

Wir bieten in diesem Film allen Anhängern körperlicher Übungen einen wahren Olymp

Palast-Theater Künstler-Orchester

Goldenes Lamm, F. 2, 14.

Morgen Schlachtfest

Schuhe

Oskar Wanger nur K 3,8

Union-Theater Heute bis einschl. Montag

Die Macht der Versuchung!

Drama in 5 Akten. In den Hauptrollen: Lily Dagover, Th. Loos, Paul Otto

Das doppelte Knopphen

Kammer-Lichtspiele Sceptiraten

6. und letzte Episode: Er kämpft für Glück

Eddie Polo

Von der Großstadt verschlungen

Mädchen

Mädchen

Ein Motorrad

Gasherd

Tuchmantel

graues Kostüm

Stellen-Gesuche

Kassler

neuer Anzug

neuer Anzug

Ladentheke

Badeoren u. Waanne

Büfett

Schwester

Wirtschafterin

Wirtschafterin

MARION

Die Geschichte einer Dreißigjährigen in 5 Kapiteln

Francesca Berlin

Unterirdische Flammen

Schauburg

Haus

Ladengeschäft

Gold- und Silberschmelze

Brillanten

G. Rexin

Wer wünscht größere Wohnung?

Je eine 3 u. 4 Zimmer-Wohnung gegen eine 6 Zimmer-Wohnung

Möbl. Zimmer

Student, Ausländer

Wer vermietet?

Miet-Gesuche

Laden oder Entresol

Laden

oder Entresol

zu mieten gesucht

Laden

oder Entresol

zu mieten gesucht

Laden

oder Entresol

zu mieten gesucht

Laden

oder Entresol

zu mieten gesucht

Kunstmalerei

Kunstmalerei

Unterricht

Russ. u. franz. Unterricht

englisch u. französisch

Kauf-Gesuche

Kauf-Gesuche

Kauf-Gesuche

Kauf-Gesuche

Kauf-Gesuche

Kauf-Gesuche

Kauf-Gesuche

Kauf-Gesuche

Kauf-Gesuche

Kauf-Gesuche

Kauf-Gesuche

Kauf-Gesuche

Kauf-Gesuche

Kauf-Gesuche

Kauf-Gesuche

Kauf-Gesuche

Kauf-Gesuche

Kauf-Gesuche

Kauf-Gesuche

Kauf-Gesuche

Kauf-Gesuche

Kauf-Gesuche

Kauf-Gesuche

Kauf-Gesuche

Kauf-Gesuche